

Forum Aktive Bürgerschaft 2018

Engagementförderung und Herausforderungen

Bericht über die Fachveranstaltung am 23. März 2018 in Berlin

Engagement fördern, aktuelle Herausforderungen anpacken: Darum ging es beim Forum Aktive Bürgerschaft 2018 am 23. März 2018 in Berlin. Teilnehmer waren 200 Vertreter gemeinnütziger Organisationen und Förderer bürgerschaftlichen Engagements, Politiker und Wissenschaftler. Mit der Veranstaltung bietet die Stiftung Aktive Bürgerschaft ein Forum für den Dialog über die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Die eintägige Veranstaltung bestand aus zwei Podiumsdiskussionen im Plenum am Vor- und Nachmittag sowie Diskussionen in vier kleineren Themenräumen.

Mit der ersten Podiumsdiskussion zum Thema **"Engagement fördern, ohne es zu vereinnahmen"** erkundete die Aktive Bürgerschaft die Resonanz auf ihre drei Vorschläge zur Engagementförderung. Sie hatte sie zur Bundestagswahl 2017 als offenen Brief an die Abgeordneten veröffentlicht. Von diesen fand sich Dr. Anna Christmann von Bündnis 90/Die Grünen, in der Bundestagsfraktion zuständig für Engagement, auf dem Podium ein. Den Vorschlag der Aktiven Bürgerschaft, die in osteuropäischen Ländern bereits seit einigen Jahren praktizierte Regel, dass jeder Bürger ein Prozent seiner Einkommensteuer an eine gemeinnützige Organisation umwidmen kann, auch in Deutschland einzuführen, lobte sie als partizipatives Modell für die Bürger bei gleichzeitiger Möglichkeit für die begünstigten Organisationen, die Mittel frei zu verwenden. Beides seien Forderungen, die die Grünen schon immer gestellt hätten. Der Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Prof. Dr. Edgar Grande, stellte bei der Diskussion um Einführung von Service Learning (Lernen durch Engagement) an allen Schulen und Hochschulen heraus, die Lehrerbildung sei der Schlüssel für den Erfolg dieses Vorschlags. Es brauche eine neue Generation von Lehrenden, die nicht nur aus persönlicher Neigung Service-Learning-Projekte realisierten,

sondern auf der Grundlage von Kompetenzen und Bewusstsein aus einer systematischen Ausbildung. Zu dem dritten Vorschlag, ein verpflichtendes Transparenzregister für alle gemeinnützigen Organisationen zu schaffen, erklärte der Geschäftsführer der Aktiven Bürgerschaft, Dr. Stefan Nährlich, es sei ein erster Schritt, den Grundsatz von Namensklarheit auch auf gemeinnützige Organisationen anzuwenden sowie Basisdaten über den Etat zu veröffentlichen. Die Wirtschaftsreporterin der Zeitung Die Welt, Dr. Inga Michler, sagte dazu, gerade nach den Skandalen der letzten Jahre bei Spendenorganisationen sei Transparenz hilfreich, um den Ruf gemeinnütziger Organisationen zu verbessern. Zumal in Verbindung mit der Ein-Prozent-Regel ließe sich so die Spendenbereitschaft vielleicht wieder ankurbeln. Moderiert wurde die Diskussion von Gudrun Sonnenberg.

Als Gäste auf dem Podium des Themenraums **„Engagementpolitik und Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements: Was gehört auf die Agenda der 19. Legislaturperiode?“** waren Svenja Stadler, MdB (SPD), und Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts. Die Fragen an die beiden und die sich anschließende Diskussion drehte sich im Wesentlichen um den neuen Koalitionsvertrag und die darin aufgelisteten Vorhaben der Engagementpolitik der Koalition von CDU/CSU und SPD. Folgende Themen und Fragen wurden vertiefend diskutiert: Haupt- oder Unterausschuss für bürgerschaftliches Engagement; der mit der Datenschutzgrundverordnung verbundene bürokratische Aufwand für zivilgesellschaftliche Organisationen; das Vorhaben, eine Ehrenamtsstiftung zu errichten; ein Demokratiefördergesetz; die Förderung der (Jugend)freiwilligendienste; direkte Demokratie auf der Bundesebene und Stärkung der Demokratie durch ein Gesetz oder durch Projekte; die anstehende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts; das Transparenzregister für zivilgesellschaftliche Organisationen; Social Learning als Form der Engagementförderung und Engagementförderung in den Kommunen als Pflichtaufgabe. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Rudolf Speth und Wim Buesink.

Ursula Dreeser, Schulleiterin der Gesamtschule Bonns Fünfte, sowie Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz, Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität Bamberg, und Julia Oberdörster, Leiterin des Repair Cafés Siegburg, diskutierten im Themenraum **„Erkenntnisse aus Forschung und Praxis: Was kann Service Learning bewirken?“**, wo der Weg zwischen inhaltlicher Vorgabe und individueller Entfaltung auf der Suche nach

einem geeigneten Engagement der Schüler liegt. Bei der Durchführung von Engagementprojekten sieht die Wissenschaft eine Begriffspräzisierung von Service Learning als Gelingensvoraussetzung. Wichtig sei, einen Plan für die didaktische Gestaltung zu haben und gleichzeitig offen im Prozess zu sein. Die Diskutanten waren sich einig, dass eine zu starke Reglementierung in der Ideenfindungsphase dazu führt, dass viele Impulse in die Zivilgesellschaft unterbleiben. Zudem falle es Schulen nicht leicht, Ressourcen bereitzustellen. Bislang bestehe eine Konzentration auf wenige Fächer und Kompetenzen, die weitere Potentiale von Service Learning außer Acht ließe. Ein Fazit: Innerhalb der Schulen seien mehr Zeit und eine konsequentere Verknüpfung der Projekte mit unterschiedlichen Fächern vonnöten. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Jörg Ernst und Joachim Bicheler.

Da die Zinsen am Kapitalmarkt niedrig bleiben, suchen Bürgerstiftungen nach Wegen für höhere Renditen bei der Anlage ihres Stiftungskapitals, um schließlich gemeinnützige Zwecke in ihrer Gemeinde, Stadt oder Region zu fördern. Als eine sichere und nachhaltige Möglichkeit gelten Immobilien, die bereits 40 der 400 Bürgerstiftungen hier zu Lande in ihren Vermögenswerten verzeichnen (Report Bürgerstiftungen 2017). Der Themenraum **„Bürgerstiftungen und Immobilien: Wie lassen sich gute Erträge erwirtschaften?“** diente Bürgerstiftungen zum fachlichen Austausch über den Bau, die Bewirtschaftung und der Finanzierung von Immobilien. Jörg Armbruster, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Kehl, berichtete, wie die Bürgerstiftung für den örtlichen, sehr angespannten Wohnungsmarkt ein Haus mit insgesamt acht Wohnungen, zwei davon Sozialwohnungen, gebaut hat und jetzt mit jährlichen Mieteinnahmen von etwa 50.000 Euro rechnet. Zum Vergleich: Der Ertrag aus dem Stiftungskapital von 1,2 Millionen Euro betrug 2017 rund 28.000 Euro. Doch nicht jede Bürgerstiftung kann ein Mietshaus bauen; interessante Immobilien sind für viele Bürgerstiftungen unerschwinglich. Die Situation stellt sich für Ulrich E. Deissner, Ehrenvorsitzender der Bürgerstiftung Braunschweig, anders dar, wenn sich verschiedene Bürgerstiftungen zusammen tun und gemeinsam eine Immobilie erwerben oder den Bau einer Immobilie ermöglichen, zum Beispiel ein Studentenwohnheim. Wie sich Bürgerstiftungen an einem solchen „Immobilienfonds“ beteiligen können, zeigte Deissner auf. Moderiert wurde der Austausch von Christiane Biedermann und Dr. Alfred Locklair.

Wie können persönliche Präferenzen und gesellschaftliche Bedarfe zusammengebracht werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Themenraums **„Zeitgemäßes Stiftungshandeln. Wie lassen sich individuelle Präferenzen und gesellschaftliche Bedarfe zusammenbringen?“** Michael Alberg-Seberich, Geschäftsführer bei Beyond Philanthropy, präsentierte mit „vital signs“ eine erste Antwort auf diese Frage. Kanadische Bürgerstiftungen messen die Lebensqualität in ihren Kommunen und kommen ausgehend davon mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Die so identifizierten lokalen Herausforderungen und Probleme stellt die Bürgerstiftung in den Mittelpunkt ihres Wirkens und wirbt gezielt um Spenderinnen und Stifter zu deren Lösung. Felix Dresewski, Geschäftsführer der Kurt und Maria Dohle Stiftung, gab zu bedenken, dass es nicht immer direkt darum gehen könne, gesellschaftliche Bedarfe und persönliche Präferenzen zusammenzubringen. Vielmehr müsste erst einmal ein Raum geschaffen werden, in dem beide aufeinandertreffen können. Durch weitergehende Überlegungen zum Stiftungszweck, zu den Handlungsweisen und der Art der Förderung könne das Spannungsverhältnis dann Stück für Stück gelockert werden. Am Ende waren sich beide Referenten einig: Ein rein analytisches Vorgehen kann nicht die Lösung sein. Denn der grundsätzliche Antrieb zum Geben ist und bleibt ein emotionaler. Dies anzuerkennen, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für zeitgemäßes Stiftungshandeln. Moderiert wurde die Diskussion von Jonas Rugenstein.

Wie gesellschaftspolitisch ist und soll privates Engagement sein, war das Thema der zweiten Podiumsdiskussion im Plenum mit dem Titel **„Nur helfen oder sich auch einmischen und mitgestalten? Wie gesellschaftspolitisch ist und soll privates Engagement sein?“** Über die Frage, wie Staat, Wirtschaft und engagierte Bürger gut zusammenarbeiten können, diskutierten am Nachmittag Dr. Karamba Diaby, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin, Dr. Cornelius Riese, Vorstand der DZ BANK AG, und Katja Suding, stellv. Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion. Dazu berichtete Jörg Armbruster, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Kehl, was aus den Geflüchteten im Qualifizierungsprojekt geworden ist, für das die Bürgerstiftung 2017 mit dem Förderpreis Aktive Bürgerschaft ausgezeichnet wurde. Ausgesucht wurden seinerzeit junge Männer, die bereits über eine gewisse Qualifikation verfügten, die motiviert waren und die Initiative zur Integration zeigten. Dieses Vorgehen hat sich bewährt, alle sechs Teilnehmer bestanden die Qualifizierung und bekamen einen Ausbildungsplatz. Inzwischen wurde jedoch bei vier der Geflüchteten der

Asylantrag abgelehnt. Karamba Diaby sagte, dass sei kein Einzelfall, Ähnliches kenne er auch von Unternehmen aus seinem Wahlkreis. Daher begrüße er die positiven Reaktionen fast aller Bundestagsfraktionen, ein Einwanderungsgesetz zu schaffen. Dann würden ökonomische Kriterien nicht mit humanitären Regelungen in Konflikt geraten. Paul Nolte ging auf die Konfliktlage ein, in der sich die „braven badischen Bürger“ befänden, die sich nun gegen den Staat stellten und die Klagen der Geflüchteten gegen die Ablehnungsbescheide unterstützten. Das sei nicht nur richtig, sondern gehöre in einer rechtsstaatlichen Ordnung eben auch zum Bürgerengagement dazu. Bürgerschaftliches Engagement auch der Bürgerstiftungen, so Nolte, müsse ein breites Spektrum von Konformität aber auch Protest abdecken. Katja Suding sagte, in einem politischer werdenden Bürgerengagement sehe sie keine Konkurrenz für die politischen Parteien. Politik könne sich erst dann richtig auf Kernaufgaben konzentrieren, wenn es auch in der Gesellschaft starke Kräfte gäbe. Diese zu fördern, sei Aufgabe der Politik. Auf die gesellschaftspolitische Rolle von Unternehmen ging Cornelius Riese ein. Auch wenn Unternehmen primär eine Gewinnabsicht hätten, sei die betriebliche Praxis doch auch von gesellschaftlichen Themen wie Altersvorsorge, Inklusion, Frauenförderung, Nachhaltigkeit u. a. geprägt. Gerade in einer Zeit, in der es eine negative Elitendiskussion gibt, sei es wichtig, dass die Unternehmen und Unternehmer gesellschaftspolitische Anliegen auch stärker nach vorne trügen. Moderiert wurde die Diskussion von Prof. Dr. Tanja Klenk und Michael Sauer.

Das nächste Forum Aktive Bürgerschaft im Jahr 2020 will zu vielen der diskutierten Themen eine Zwischenbilanz ziehen. Die beiden Hauptdiskussionen der diesjährigen Veranstaltung können vollständig als Videobeiträge nachverfolgt werden: www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/forum-aktive-buergerschaft.

Autoren: Christiane Biedermann, Dr. Jörg Ernst, Dr. Stefan Nährlich, Jonas Rugenstein, Gudrun Sonnenberg und Rudolf Speth

Erscheint in: npoR – Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen 4/2018